



Beratungsstelle bei
antisemitischer Gewalt
und Diskriminierung

OFEK e.V., Postfach 58 03 16, 10413 Berlin

PRESSEMITTEILUNG

zur Bundesweiten Studie zu den Auswirkungen des terroristischen Anschlags am 7. Oktober 2023 auf jüdische und israelische Communities in Deutschland

Studie zu Auswirkungen des 7. Oktober auf die jüdischen und israelischen Communities verdeutlicht Folgen für Alltag und Teilhabe – OFEK ordnet die Befunde aus der Beratungsperspektive ein

Berlin (06.10.2026) – Antisemitische Gewalt und Diskriminierung verändern den Alltag jüdischer und israelischer Communities in Deutschland. Die bundesweite Studie des Kompetenzzentrums antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS) in Kooperation mit dem Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) der Universität Tübingen zeigt, wie der Terror vom 7. Oktober 2023 und die gesellschaftlichen Reaktionen darauf Sicherheit, soziale Beziehungen und gesellschaftliche Teilhabe von Jüdinnen:Juden beeinträchtigen.

Insgesamt nahmen 118 Personen im Alter zwischen 7 und 80 Jahren an der Studie teil. In narrativen Interviews, Gruppendiskussionen und dokumentierten Selbstbeobachtungen berichten die Befragten von Anfeindungen und Ausgrenzung in Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen und Hochschulen, im öffentlichen Raum, im Netz, am Arbeitsplatz und im Gesundheitswesen. Manche verbergen ihre jüdische oder israelische Zugehörigkeit oder meiden bestimmte Orte. Schweigen, Relativierungen und fehlende Unterstützung selbst im nahen Umfeld verstärken die Belastung. Zugleich gewinnen jüdische Gemeinschaften sowie selbstorganisierte und communitybasierte Angebote als Orte des Rückhalts an Bedeutung.

»Antisemitismus greift tief in den Alltag ein. Er beeinflusst, ob Menschen ihre Zugehörigkeit offenlegen, wem sie vertrauen und welche Räume sie noch aufsuchen. In der Beratung brauchen diese Erfahrungen Platz – auch

INSTAGRAM [ofek_beratung](#)
FACEBOOK [ofekberatung](#)
BLUESKY [ofek-beratung.de](#)
LINKEDIN [ofek-e-v](#)
YOUTUBE [ofek_beratung](#)

OFEK e.V. – Beratungsstelle bei
antisemitischer Gewalt und Diskriminierung
Postfach 580316 / 10413 Berlin
TELEFON +49 (0) 176 46 29 46 08
MAIL presse@ofek-beratung.de
WEB www.ofek-beratung.de

dann, wenn Betroffene zunächst unsicher sind, wie sie das Erlebte einordnen können«, erklärt **Tabea Adler**, die Beratungsleiterin von OFEK e.V.

Für die Beratungspraxis bedeuten die Befunde, dass die psychischen und sozialen Folgen antisemitischer Erfahrungen sowie die damit verbundenen Einschränkungen gesellschaftlicher Teilhabe gemeinsam zu betrachten sind. Ratsuchende benötigen professionelle Unterstützung bei der Verarbeitung des Erlebten ebenso wie bei Fragen zu ihrer Sicherheit, ihren Rechten und möglichen Interventionen. Die Beratung schafft einen professionellen und vertraulichen Rahmen, in dem Ratsuchende Handlungsmöglichkeiten abwägen, informierte Entscheidungen treffen und ihre Rechte durchsetzen können.

»Wenn Menschen aus Sorge vor weiteren Anfeindungen schweigen oder auf eine Beschwerde verzichten, bleibt ihr Unterstützungsbedarf bestehen. Institutionen müssen Bedingungen schaffen, unter denen Betroffene Antisemitismus benennen können und verlässliche Unterstützung erhalten. Die Verantwortung für Schutz darf nicht bei den Betroffenen liegen«, so Adler.

Die Studie formuliert Handlungsempfehlungen, denen sich OFEK anschließt. OFEK fordert den Ausbau und die dauerhafte Absicherung spezialisierter Melde-, Interventions- und Beratungsstellen, die Betroffene psychosozial, psychologisch und rechtlich unterstützen. Dazu gehören communityorientierte Krisenangebote, zugängliche Beschwerdewege und tragfähige Unterstützungsnetzwerke. Schulen, Hochschulen, Behörden, Unternehmen und Einrichtungen des Gesundheitswesens benötigen verbindliche Schutz- und Interventionsstrukturen sowie kontinuierliche Qualifizierung und Begleitung ihrer Fach- und Leitungskräfte. Zugleich müssen strukturelle Diskriminierung abgebaut und rechtliche Schutzlücken geschlossen werden – insbesondere bei Einschränkungen der Bildungsteilhabe und bei Diskriminierung aufgrund israelischer Staatsangehörigkeit oder der Verwendung der hebräischen Sprache.

Zur Studie

Die von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) geförderte qualitative Studie wurde am Kompetenzzentrum antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS) in Kooperation mit dem Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) der Universität Tübingen unter der wissenschaftlichen Leitung von Marina Chernivsky und Prof. Dr. Friederike Lorenz-Sinai durchgeführt. Autorinnen der Studie sind Marina Chernivsky, Friederike Lorenz-Sinai, Dr. Hanne Balzer und Sophia Hoppe. Die Studie untersucht, wie jüdische und israelische Communities in Deutschland den 7. Oktober 2023, die antisemitische Mobilisierung in den Pashen danach und die gesellschaftlichen Reaktionen darauf erleben und verarbeiten. Die Grundlage bilden narrative Interviews, Gruppendiskussionen, Selbstbeobachtungen und Follow-up-Erhebungen mit 118 Studienteilnehmenden zwischen 7 und 80 Jahren. Im Mittelpunkt stehen die Auswirkungen auf den Alltag, soziale Beziehungen und gesellschaftliche Teilhabe sowie Fragen von Sicherheit, Vertrauen und gemeinschaftlicher Unterstützung. OFEK hat als Kooperationspartnerin angeleitete Gesprächsrunden und weitere Empowerment-Formate für Teilnehmende angeboten.

Über OFEK

OFEK e.V. wurde 2017 in Berlin gegründet und ist die erste Fachberatungsstelle in Deutschland, die auf professionelle und community-orientierte Beratung bei Antisemitismus spezialisiert ist. OFEK e.V. unterhält regionale Standorte in Berlin, Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Thüringen und ist Trägerverein von zwei Meldestellen für antisemitische Vorfälle: RIAS Sachsen und RIAS Sachsen-Anhalt. OFEK e.V. berät und begleitet Betroffene, ihre Angehörigen sowie Zeug:innen antisemitischer Straftaten und Vorfälle und bietet auch Institutionen je nach Bedarf Institutionelle Fachberatung an.

Kontakt für Presseanfragen:

presse@ofek-beratung.de, 0176 46 29 46 08